

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

279 (1.12.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VON KARLSRUHE UND UMGEBUNG

Bezugspreis monatlich 2,20 Mark • Ober-Zahlung 1,50 Mark • Durch die Post 2,30 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 11, Heilstraße 28 • Fernruf 7020 und 7021 • Druck: Heilstraße 28 • Druck- und Verlagsanstalt: Heilstraße 28 • Telefon: 7020 • Postfach: 7020 • Verlagsnummer: 7020

Nummer 279 Karlsruhe, Dienstag, den 1. Dezember 1931 51. Jahrgang

Neue Notverordnungspläne

Beabsichtigte Maßnahmen, die nur eine weitere Wirtschaftsschrumpfung bringen
Wie lange soll dieses Geduldspiel noch gehen?

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt uns:
Die Reichsregierung beabsichtigt, ihre neue Notverordnung Ende der Woche fertigzustellen. Die Verordnung soll die Fehlbeträge in dem ordentlichen Haushalt decken, will aber auch durch Preis- und Lohnsenkungen in das private Wirtschaftsleben eingreifen. Die Verhandlungen im Reichskabinett haben am Montag begonnen. Soweit Nachrichten vorliegen, sind bestimmte Pläne, die greifbar und endgültige Gestalt angenommen haben, noch nicht vorhanden. Es dürfte deshalb sehr zweifelhaft sein, ob die Absicht, die neue Notverordnung bis zum 7. Dezember, dem Tag des Zulassens des Stillschließens in Bielefeld, fertigzustellen, gelingen wird.
Es unterliegt keinem Zweifel, daß nicht nur in den Ländern und Gemeinden, sondern auch im Reich im laufenden Haushaltsjahr durch den weiteren Rückgang der Steuereinnahmen neue Fehlbeträge entstanden sind. Viel größer werden diese Fehlbeträge im Jahre 1932 sein. So glaubt die Reichsregierung, daß jetzt bereits der Augenblick gekommen ist, um die angelegte letzte Reserve, nämlich die Umsatzsteuer zu erhöhen. Aber selbst eine Verdoppelung der Umsatzsteuer wird kaum ausreichen, um das Loch zu decken. Deshalb werden weitere Pläne erwogen, die Kapitalertragssteuer, die die Reichsregierung zur Jahresfrist für die letzten vier Monate der Reichsregierung aufheben hat, wieder einzuführen. In welcher Form und Höhe das geschehen soll, darüber sind die verschiedensten Gerüchte im Umlauf. Auch über den Verwendungszweck ihrer neuen Steuerquellen laufen verschiedene Absichten miteinander zu ringen. Eine wichtigere Maßnahme zur Sanierung der öffentlichen Haushalte ist die neue Kürzung der Beamtengehälter. Sie dürfte grundsätzlich bereits die Zustimmung der Reichsregierung gefunden haben.

Ob allerdings auch schon die Höhe dieser Absätze feststeht, ist bei der Geheimnishaftigkeit, mit der die Regierung ihre Verhandlungen umfaßt, nicht einwandfrei zu ermitteln. Selbstverständlich kann diese Gehaltskürzung nicht rückwirkend in Kraft gesetzt werden, sondern frühestens am 1. Januar 1932.
Weit umfrittener und unbestimmter sind bisher die Pläne der Reichsregierung, die in das private Wirtschaftsleben eingreifen sollen. Richtlinien für die Maßnahmen sind die Thesen des Wirtschaftsrates, die die Gewerkschaften aller Richtungen wegen ihrer einseitigen gegen die Lohn- und Gehaltsempfänger gerichteten Tendenz auf das Schärfste bekämpft haben. Hält die Reichsregierung an der in diesen Thesen niedergelegten Ansicht fest, Preisentwürfen in unbestimmter Form, Lohnsenkungen aber mit Hilfe der Notverordnung oder des staatlichen Schlichtungsorgans zur Durchföhrung zu bringen, so wird die Folge nur eine weitere Einengung der Wirtschaft sein, die den Ausweg aus der Krise für die Gesamtheit nicht erleichtert, aber die Lage des einzelnen Lohn- und Gehaltsempfängers außerordentlich erschwert.
Auch die Einziehung eines Reichsmonopols zur Durchführung von Preisentwürfen wird das Vertrauen zu einer solchen Maßnahme nicht stärken können. Man muß sich unwillkürlich fragen, weshalb die Reichsregierung mehr als ein Jahr lang die Vollmachten zum Kampf gegen Kartelle und Monopole und gegen überhöhte Zölle nicht benutzt hat, die sie sich selbst durch Notverordnungen erteilen ließ. Man muß jetzt befürchten, daß wiederum alle Energie auf die Senkung der Löhne verlegt wird, daß die Vollmachten zur Preisentwürfen durch Erhöhung der Umsatzsteuer unwirksam gemacht werden.

Straßer droht

Das Programm des nationalsozialistischen Terrorkurles

Breslau, 30. Nov. (Eig. Draht.) Anlässlich eines nationalsozialistischen Gauartikels für Schlesien sprach der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straker in mehreren öffentlichen Veranlassungen in Breslau und Bielefeld. Während Straker bei den Ausführenden vor seinen Breslauer Zuhörern verhältnismäßig lahm blieb, schaute er in Bielefeld, wahrhaftig wie dort seine Zuhörerhaft weitestgehend aus Zerknirschung und Bauen zusammengebrochen war, vor Drohungen in der gewöhnlichen Tonart nicht zurück. In Bielefeld erklärte Straker beispielsweise:
„Wenn wir oben sind, werden wir Freiheit und Genossen zu Dred schlagen. Eine Anzahl wird geköpft, die übrigen werden eingesperrt. Dann wird der deutsche Arbeiter einsehen, wie stark wir sind.“
Weber die heftigen Enthüllungen verlor Straker kein Wort. Unter ironischem Geinien meinte er, die NSDAP sei seit Entstehung, unter allen Umständen geistlich und parlamentarisch voranzugehen. Die Weimarer Verfassung biete dem Nationalsozialismus volle Gewähr einer friedlichen und geistlichen Machtergreifung. Nach Übernahme der Regierung werde allerdings von der Weimarer Verfassung nicht allzuviel übrig bleiben. Eine Inamnenarbeit mit den bürgerlichen Parteien lehne die NSDAP ab. Wenn bürgerliche Gruppen sich an einer nationalsozialistischen Regierung, die nach der Freieinwahl, d. h. teilweise in einem halben Jahr Wirklichkeit sein werde, zu beteiligen wünschten, dann hätten sie sich den nationalsozialistischen Anweisungen zu unterwerfen. Das Zentrum käme als Teilhaber der Macht nur in Frage, wenn es alle jetzigen Verbindungen aufkündige. Das Programm der künftigen Naziregierung lasse sich auf drei Stichworte zusammenfassen: Restlose Auseinandersetzung mit dem Marxismus, Mobilisierung aller nationalsozialistischen Kräfte, und Lösung des sozialen Problems.

Kreien verwundert und empört, daß jetzt Hitler und Röhm die heftigen Vertrauensleute abschütteln und ihre Programmpunkte als „unverbindliche Privatäußerung“ hinstellen wollen. Es hat deshalb bei einer Geheimhaltung der Berliner Sturm- und Standartenführer am Donnerstag einen lachbaren Skandal gegeben, bei der die „Sittlerkreise“ niedergeschrien wurden. Man verlangte, daß die Berliner Parteileitungen sich zu den heftigen Pa. betonen und gegen Hitler wegen seiner „feigen und verräterischen Haltung“ protestieren sollten. Die SA-Deute füllten sich durch die zweideutige Politik der Münchener Parteileitung hintergangen und gefährdet.“

Freikarten mit Damenbegleitung
Münchener illustriert das Bonzentum im dritten Reich — ein Seitenstück zum Fall Jeschke in Billingen

Berlin, 30. Nov. (Eig. Draht.) Der Reichsbefehlshauer des dritten Reiches, der Nazireichstagsabgeordnete Münchmayer, macht wieder einmal in unliebsamer Weise von sich reden. Dieser Tage benutzte er in Begleitung einer Dame den D-Zug Düsseldorf-Eindhoven. Beide fuhren 1. Klasse, ohne daß die Dame jedoch im Besitz einer entsprechenden Freikarte gewesen wäre. Sie wurde deshalb in Eindhoven durch den zuständigen Schaffner dem Bahnhofsvorstand vorgeführt. Münchmayer begleitete sie. Der D-Zug war bereits mit dem betreffenden Schaffner weitergefahren, als Münchmayer seinem Herzen Luft machte und in Gegenwart des Bahnhofsvorstandes äußerte:
„Der Schaffner ist scheinbar auch einer von den roten Bonzen von den Dummern, die nicht alle werden.“
Zur „dritten Reich“ darf der Reichsbefehlshauer Münchmayer seine weiblichen Schaulustler selbstverständlich gratis in der 1. Klasse mitführen. In der Republik hat er jedoch zu zahlen, wie jeder andere. Da ihm das nicht paßt, beschimpft er pflichtgetreue Beamte, wie man es von einem Repräsentanten des dritten Reiches nicht anders erwarten kann.

Wieviel kostet Hugenberg-Hitlers Volksabstimmung
Ueber eine Million Kosten des Volksscheids auf Landtagsauflösung

EM. Berlin, 30. Nov. Wie wir hören, liegt jetzt eine Zusammenstellung der Kosten vor, die der preussischen Staatsregierung im Zusammenhang mit dem Volksbegehren und dem Volksscheid auf Auflösung des Preußenlandtages entstanden sind. Die Kosten für das Volksbegehren werden mit 244 742 M., die für den Volksscheid mit 788 805 M. angegeben, so daß eine Gesamtsumme von 1 033 547 M. sich ergibt. Diesen Betrag hatte der Staat an die Gemeinden, bei denen die Kosten entstanden waren, zurückzuführen. Es handelt sich dabei um drei bis vier Fünftel der den Gemeinden erwachsenen Kosten. Hierzu kommen noch die Ausgaben des Landesabstimmungsleiters mit etwa 26 000 M. und die nicht ermittelten Ausgaben der Veranstalter des Volksbegehrens und des Volksscheides.
So muß das Volk auch in diesem Fall die Kosten für die Demagogie Hugenberg-Hitlers bezahlen.

Kommunistischer Dolchstoß statt wirkliche Einheitsfront

Berlin, 30. Nov. (SPD.)

Die politische Entscheidung in Deutschland fällt zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der NSDAP. Es kämpft die Partei der Freiheit, des Rechts, der Menschlichkeit gegen die Partei der Bestialität, der Diktatur, der Sklaverei. Die Sozialdemokratie ist das Bollwerk, das sich dem Faschismus in den Weg stellt. Die Faschisten bemühen sich, möglichst viele bürgerliche und kapitalistische Kräfte gegen die Sozialdemokratie zu sammeln. Ihr hat von jeher der Haß der Scharfmacher gegolten, denen noch jeder Bundesgenosse gegen die Sozialdemokratie recht gewesen ist, gegen die sie selbst die Kommunistische Partei willkommen geheißen haben. Die faschistische Partei des Herrn Hitler ist das Instrument des Scharfmacherzuges gegen die Sozialdemokratie.
Die Faschisten wissen, daß die Sozialdemokratie der Ausdruck des Willens der klassenbewußten Arbeiterklasse ist, Recht und Freiheit und die Grundlage des Aufstiegs zu erkämpfen und zu behaupten, der Ausdruck des sozialistischen Willens zur Überwindung des kapitalistischen Systems, der Inbegriff der Kampferfahrungen der deutschen sozialistischen Arbeiterklasse von dreiviertel Jahrhundert.

In diesem großen Zweikampf von geschichtlicher Bedeutung erhebt die Kommunistische Partei den Ruf: Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind. Die Agitation ihrer Pressepropaganda zielt nicht gegen den Faschismus, sondern gegen das Bollwerk gegen den Faschismus. Die Zentrale der Kommunistischen Partei hat einen Aufruf gegen die Sozialdemokratie veröffentlicht, und der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Ernst Thälmann, hat dazu einen Aufruf geschrieben, der ein Konzentrationspunkt der Wahnsinns-taktik des Heinz Neumann ist.

Dieser neue agitatorische Vorstoß gegen die Sozialdemokratische Partei geht unter dem Schlagwort: „Einheitsfront“. Die Einheit, die sie meinen, besteht darin, daß sie das Bollwerk gegen den Faschismus zerbrechen wollen. Diese Einheit geht aus von dem ideologischen Satz, daß Brüning gleich Hitler und Severing gleich Hitler sei. Sie wollen allen Ernstes die Sozialdemokratie schwächen, damit der Faschismus um so sicherer an die Macht gelangt! Sie wollen den Arbeitern einreden, daß die Voraussetzungen zum Kampf um Freiheit, Recht und Aufstieg, die Zertrümmerung der Freiheit, des Rechtes und der Kampfpositionen der Arbeiterklasse wäre. Sie vertreten die These, daß man, wenn man den Faschismus bekämpfen will, ihn siegen lassen müsse.

Die Kommunisten haben noch nicht genug gelernt vom Regime Klagges in Braunschweig, sie haben nichts gelernt aus den Boxheimer Blutdokumenten. Wenn sie einreden, daß alles, was nach dem Aufbruch der Boxheimer Blutdokumente bekannt wurde, die nationalsozialistischen Pläne nicht schlimmer seien, als das, was unter Severing in Preußen ist. Sie huldigen der tollsten Niederlage Strategie, die von dem Satz ausgeht, daß die Vorbedingung des Sieges die Niederlage sei. Sie setzen die Politik des Bündnisses mit dem Faschismus, dem Volksbegehren in Preußen konsequent fort, und das nennen sie dann Einheitsfront!

Die Kommunisten wollen die deutsche Arbeiterbewegung in die Situation hineintreiben, in der sich die italienische Arbeiterbewegung unter der Herrschaft des Faschismus befindet, dank der Zerstückelungstaktik, die die Kommunisten in der italienischen Arbeiterbewegung betrieben haben. Die Kommunistische Partei hat durch ihre Wahnsinnsaktik gegen die Interessen der Arbeiterklasse dem Faschismus stärksten Antriebs gegeben. Sie ruft heute: „Einheitsfront!“, obgleich ihr wirkliches Ziel die Zerstückelung der Einheit der Arbeiterklasse ist. Sie hat systematisch verhindert, daß dem Vordringen des faschistischen Bürgertums eine wirkliche Einheitsfront in den Parlamenten entgegengesetzt werden konnte. Es gibt keine größere Höhe auf die Interessen der Arbeiterklasse als dieser angebliche Einheitsaufruf, dessen Ziel die Schwächung der Abwehr der Einheitsfront gegen den Faschismus ist!

Die Kommunisten rufen jetzt nach „Massenaktionen zur Winterhilfe“. Unter der Herrschaft der Boxheimer Rufführer, unter der Diktatur des Hungers und der faschistischen Feldgerichte wird es schöne Massenaktionen für die Winterhilfe geben! Während die Sozialdemokratische Partei mit zweckmäßigen Mitteln auf die Winterhilfe hinwirkt, wollen die Kommunisten die Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine wirkliche Winterhilfe zerstören.

Zwischen diesem Kampf gegen die Sozialdemokratie und der neuesten sowjetrussischen Propaganda in Sowjetrußland besteht ein auffälliger Unterschied. Während täglich in Sowjetrußland die Rundfunkpropaganda über die gegen die Sozialdemokratie, gegen den Faschismus und ihren Abwehrkampf objektiv berichtet, schreibt die Kommunistische Partei in Deutschland: Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind. Wir vertrauen darauf, daß die deutsche Arbeiterklasse das Wahnsinnige der kommunistischen Zerstückelungstaktik erkennen werden. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden restlos den wahren Wert dieses angeblichen Einheitsaufrufs erkennen. Sie werden noch fester als zuvor zur Sozialdemokratischen Partei stehen in dem festen Bewußtsein, daß sie das Bollwerk gegen den Faschismus ist!

Bayerische Volkspartei gegen nationalsozialistische Volksverhetzung

München, 30. Nov. (Funkdienst.) Die Tagung des Landesauschusses der Bayerischen Volkspartei, die den diesjährigen Parteitag zu ersetzen hat, stand im Zeichen des Kampfes gegen den Nationalsozialismus. Nach dem Bericht der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz erzählten die Delegierten aus dem ganzen Land an Hand praktischer Erfahrungen derart ungläubige Beispiele von der brutalen und unwahrscheinlichen Vagabundation der Parteimitglieder, daß einmütig beschlossen wurde, sich dieser unerhörten und noch nie dagewesenen Volksverhetzung mit aller Schärfe entgegenzustellen.

Nach einem Referat des Reichstagsfraktionsführers Prälat Reich wurde beschlossen, daß die Bayerische Volkspartei auch künftig die Regierungsratung unterstützen, schon allein mit Rücksicht auf die bevorstehenden außenpolitischen Verhandlungen.

Kommunisten fordern Reichstagsseinberufung

Berlin, 30. Nov. (Eia. Draht.) Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert in einem Antrag an den Reichstagspräsidenten die sofortige Einberufung des Reichstags, der die Einberufung des Reichstags am 4. Dezember beschließen soll. Die Kommunisten begründen ihre Forderung u. a. mit der Erklärung des Reichsinnenministers an den Vorbeimer Dokumenten.

Koalitionskonferenz aufgehoben

Freiburg (Schlesien), 30. Nov. (Eia. Draht.) Am Sonntag vormittag fand in Freiburg (Schlesien) eine angeblich kommunistische Konferenz von Bauarbeitern statt, die von Vertretern aus ganz Mittelschlesien besucht war. Auch Vertreter der kommunistischen Zentrale in Berlin waren anwesend.

Die Landesheimatpolizei in Breslau hatte Kenntnis davon erhalten, daß es sich nicht um eine Konferenz der Bauarbeiter, sondern um eine solche der mittelschlesischen Funktionäre des verbotenen Koalitionskampfbundes handelte. Auf Anordnung der Landesheimatpolizei wurde daher die Konferenz aufgehoben. Die Teilnehmer wurden von dem aus Waldenburg herbeigerufenen Ueberfallkommando verhaftet.

Wo bleiben ähnliche Maßnahmen gegen die nationalsozialistischen Sturmabteilungen?

Neue württembergische Notverordnung

Die württembergische Staatsregierung hat dem Finanzausschuss des Landtags zur Sicherung der Haushalte von Staat und Gemeinden den Entwurf einer dritten Notverordnung vorgelegt, die sich in der Hauptsache mit kleineren Einzelproblemen in allen Verwaltungszweigen befaßt. Auf dem Gebiete der Schulverwaltung ist die Vermittlungsfreiheit auf die bedürftigen Schüler beschränkt worden. Neu ist die Bestimmung der Aufteilung einer hauptamtlichen Lehrstelle unter mehrere Lehrer, um die Beschäftigung unversorbener Lehrer zu ermöglichen. Diese Bestimmung soll am 31. März 1932 wieder außer Kraft treten. Hinsichtlich der Gehälter ist angeordnet, daß die Dienstbesolde aller Angestellten der Landesverwaltung des öffentlichen Rechts nicht höher sein dürfen, als die gleichwertender Beamten und Angestellten des Staates. Auf dem Gebiete der inneren Verwaltung wird bestimmt, daß Bezirks- und ortspolizeiliche Verfügungen 20 Jahre nach ihrem Erlaß außer Kraft treten. Die Anordnungen sind sämtlich Auswirkungen aus dem Gutachten des Reichsparlamentarischen Ausschusses der Staatsregierung im Sinne einer Vereinfachung sind noch im Gange.

Thüringen gegen politische Ausschreitungen

In einer Bekanntmachung des thüringischen Justizministeriums heißt es u. a., daß in letzter Zeit auch in Thüringen in beunruhigender Weise Ruhe und Ordnung im Staate durch Ueberfälle radikaler Elemente auf politische Gegner und auch auf Polizeibeamte gefährdet würden. Der Staat müsse dagegen mit all seinen Machtmitteln angehen. Vor allem müßten die Rechtsbrecher so bald als möglich zur Aburteilung und Strafvorbereitung gebracht werden. Das in Thüringen schon seit langem eingeführte Schnellverfahren werde in engem Zusammenwirken zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei gehandhabt werden. Auf Bewährungsfrist hätten die Störer des öffentlichen Friedens nicht zu rechnen.

Ausprache über die Kriegsbeschädigtenversorgung

BRB Berlin, 30. Nov. Der Kriegsbeschädigtenauschuss des Reichstags hat heute zusammen, um sich auf Grund verschiedener Anträge mit dem Stand der Kriegsbeschädigtenversorgung zu befassen, wie sie in den letzten Notverordnungen gestaltet worden ist. In der Ausprache kam zum Ausdruck, daß die Kriegserwittem, Kriegserkern und Kriegsermalen nicht nur durch die Notverordnungen, sondern mehr noch durch die neuen Bestimmungen über die Zulassung und die Einschränkung der Rann-Besilae (Eternbeitsilae, Erlebungsbilae usw.) vielfach in Not geraten sind. Auch über andere Härten wurde Klage geführt. Für die zahlreichen Siedler und Besitzer von Eigenheimen unter den Verlorungsberechtigten wurden Erleichterungen gewünscht.

Die landwirtschaftliche Siedlung

Der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hielt im Rundfunk einen Vortrag über Bedeutung und Aufgaben der landwirtschaftlichen Siedlung. Seit Kriegsende — so führte der Minister u. a. aus — erblickt auch die Reichsregierung in der Eingliederung der vielen drückeligen Menschenkräfte in den Arbeitsprozeß ein weisentliches Mittel zur Behebung der Not des Volkes. Durch die landwirtschaftliche Siedlung werde die Arbeitslosigkeit fühlbar entlastet, die Abwanderung vom Lande sei ins Stoden geraten.

Bayern wünscht Vollstreckungsschutz

BRB München, 30. Nov. Wie aus gutunterrichteten Kreisen verlautet, ist die bayerische Staatsregierung bei der Reichsregierung dahin vorstellig geworden, daß zur Erleichterung der Notlage der Landwirtschaft ein wirksamer Vollstreckungsschutz geschaffen werde.

Der Angriff bis 7. Dezember verboten

BRB Berlin, 30. Nov. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen hat der Reichspräsident die in Berlin erscheinende Tageszeitung Der Angriff einschließlich der Kopfschläger mit sofortiger Wirkung bis zum 7. Dezember 1931 einschließlich verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines unter der Ueberschrift „Wiel Lärm um nichts“ von Dr. Goebbels veröffentlichten Artikels, der sich mit den Vorgängen in Hessen befaßte.

Großbritannien und die deutschen Landesverratsprozesse

London, 30. Nov. Auf eine Anfrage Kustens Chamberlains erklärte der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Simon, im Unterhaus, er habe den britischen Geschäftsträger in Berlin um einen Bericht über den Landesverratsprozeß in Breslau und den Weimarer Prozeß wegen Verrats militärischer Geheimnisse erfragt. Er werde nicht vorziehen, diesen Bericht zu prüfen.

Bedürftigkeitsprüfung in Kraft

Mangelnde Erkenntnis und Unversorenheit der Gegner der Arbeitslosenversicherung

Am 30. November trat ein Abkommen in Kraft, das zwischen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und den kommunalen Spitzenverbänden zur Regelung der Prüfung der Bedürftigkeit der Erwerbslosen getroffen wurde. Danach sind die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, überall dort, wo das Gesetz die Unterstützung von der Bedürftigkeit abhängig macht, also vor allem bei der versicherungsmäßigen Unterstützung verheirateter Frauen und in der Krisenfürsorge, auf Ersuchen der Arbeitsämter bei der Prüfung der Bedürftigkeit mitzuwirken. Die Arbeitsämter müssen ihrerseits, bevor sie eine Unterstützung gewähren, der Gemeinde oder dem Gemeindeverband Gelegenheit zur Äußerung über die Bedürftigkeit geben.

Die Durchführung der Prüfung wird durch besondere Bestimmungen geregelt. Die Entscheidung über die Gewährung der Unterstützung liegt nach wie vor in der Hand des Arbeitsamtsvorsitzenden. Bei der Unterstützung der jugendlichen Arbeitslosen bleibt wie bisher die Unterstützung davon abhängig, ob der familienrechtliche Unterhalt gewährleistet ist oder nicht.

Die Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung ist ein Entgegenkommen an die Gegner der Arbeitslosenversicherung, die der Öffentlichkeit einzureden versuchen, man könne mit einer generellen Einführung der Bedürftigkeitsprüfung am Arbeitslosenschutz Kriessummen ersparen. Daß das nicht möglich ist, ist schon tausendmal aufgezeigt worden. Die Zahl derjenigen, die zur Zeit auf Grund des Rechtsanspruchs unterstützt werden und bei einer Bedürftigkeitsprüfung ausfallen würden, ist viel niedriger, als die Kritiker der Arbeitslosenversicherung glauben oder glauben machen wollen. Schon heute ist der Rechtsanspruch stark ausgedehnt. Jugendlöse, Frauen, geringfügige Beschäftigte, Arbeitnehmer mit kleinem Besitz und andere scheiden bereits

weitgehend aus dem Rechtsanspruch aus; auch wenn sie nicht ausgesetzt sind, erhalten sie Unterstützung nur bei Bedürftigkeit. Aus Mangel an Bedürftigkeit könnten also zur Zeit unmöglich mehr als früher, d. h. bestimmt nicht mehr als 4 bis 4½ Prozent aus der Versicherung ausfallen.

Die Befürworter der allgemeinen Wiedereinführung der Bedürftigkeitsprüfung, d. h. der Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in eine Erwerbslosenfürsorge begründen ihre Forderung stets mit der Behauptung, daß im Durchschnitt mindestens 30 Prozent der aus der Krisenfürsorge ausgeschleierten Arbeitslosen sich entweder gar nicht bei der Wohlfahrt melden oder aber als nicht bedürftig anerkannt werden. Darauf gibt jedoch die Gewerkschaftszeitung, das Organ des ADGB, in ihrer neuesten Nummer folgende Antwort: Bis jetzt hat noch niemand klargelegt, woher denn diese 30 Prozent kommen sollen. Es hat auch noch niemand bewiesen, wieviel Ausschleuerte mangels Bedürftigkeit nicht in die gemeindliche Wohlfahrt übernommen wurden. Die Zahl der Nichtübernommenen ist sicher groß, aber nicht, weil eine „Bedürftigkeit“ nicht nachzuweisen war, sondern weil trotz grimmigster Not die Gemeinden keine Unterstützung zahlten oder zahlen konnten, und weil in diesen Fällen jeder Schritt zur Wohlfahrt überflüssig gewesen wäre. Es ist eine Unversorenheit sondergleichen, zu behaupten, daß von den Erwerbslosen, die trotz der harten, in höchstem Grade unsozialen Voraussetzung für den Bezug der Krisenunterstützung diese Unterstützung beziehen. 30 v. H. „nicht bedürftig“ sein sollen. Wer die Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge wirklich kennt, die drakonische Anrechnung der Einkommen aller im gemeinsamen Haushalt Lebenden, und wer die Durchführung dieser Bestimmungen durch die Arbeitsämter kennt, weiß, daß sich die Krisenunterstützten hundertprozentig aus „Bedürftigen“ zusammensetzen.

Ist das ein Bauernparadies?

Was muten die Nationalsozialisten den Bauern zu?

Die Richtlinien der Futtschnotverordnung der heßigen Nationalsozialisten stellen laut den aufgefundenen Dokumenten folgende Forderungen auf:

1. Erfassung der Lebensmittel: 1. Alle Lebensmittel stehen zur Verfügung der... (E.A., Landeswehren o. ä.) und sind an deren Baufratrage auf Aufforderung ohne Entgelt abzuliefern.

2. Jeder Erzeuger (Erzeugener und verarbeitender Erzeugener) und Händler (groß und klein) hat unverzüglich eine genaue Aufstellung aller in seinem Eigentum lebenden (gleich wo lagerten oder in seinem Besitz befindlichen) Lebensmittel der für ihn zuständigen Bürgermeisterei einzureichen.

3. Jeder Verkauf und jede kaufweise Veräußerung von Lebensmitteln ist verboten.

4. Strafe für jede Verletzung der Feststellung und Ablieferung und für jeden Verkauf und Tausch von Lebensmitteln:

- a) immer: Entziehung des gesamten Vermögens. b) daneben zulässig: jede Art und jeder Grad von Freiheitsstrafen (Todesstrafe nach dem ersten „Wesfel an die Bevölkerung“ des Führers).

So sieht also das Bauernparadies aus, das die Nationalsozialisten den Landwirten bereiten wollen: Ablieferung der Lebensmittel ohne Entgelt und wer nicht restlos pariert, wird erschossen. Erschießen, erschließen ist die Parole des dritten Reiches. Und dafür werden die Bauern durch nationalsozialistische Hegezammlungen systematisch verbummt, damit sie selbst noch mitfelsen, ihr eigenes Gras zu schäufeln. Bauern, überlegt euch! Die heßigen Dokumente sind die letzte Warnung.

Der Pfundkurs fällt weiter

Rückwirkung der unsicheren Lage Deutschlands

Der Pfundkurs erlitt am Montag einen neuen schweren Rückschlag, so daß das Pfund Sterling nur noch 14 hat wie vor der Aufhebung der Goldwährung 20 Goldschilling Wert besitzt, also um 30 Prozent entwertet ist.

Die Schwäche war vor allem durch das Pfundangebot aus Neuport verursacht, wo man einen gewaltigen Umsturz in Deutschland zu befürchten scheint. Der Pfundkurs pflegt jetzt regelmäßig prompt auf irgendwelche Beurteilung der Lage in Deutschland zu reagieren.

Die Zollabschnürung Englands

London, 30. Nov. Das Unterhaus hat die vom Landwirtschaftsminister eingebrachte Vorlage, die Sonderzölle auf Obst und Gemüse usw. vorschlägt, mit 366 gegen 49 Stimmen angenommen.

BRB Berlin, 30. Nov. (Eia. Ber.) In der paritätischen Kommission der belgischen Tafelglasindustrie teilten die Unternehmer mit, daß sie angesichts der englischen Zölle sowie der französischen Zollerhöhungen gezwungen sein würden, ihre Fabriken zu schließen. Die Zölle sind demnach am 1. Dezember gekündigt worden. Auch in anderen belgischen Industriezweigen wird sich der englische Protektionismus geradezu katastrophal auswirken. In Flandern wurden eine Anzahl Textilfabriken, die ausschließlich für den englischen Markt arbeiteten, stillgelegt.

Schillingentwertung

Wie über den Reiseverkehr an der deutsch-österreichischen Grenze von Mittenwald berichtet wird, nehmen die deutschen Reichsbahn-Schalter an der Grenze Schillinge nicht mehr an. Von zuständigen Stellen der Reichsbahn wird hierzu mitgeteilt, daß sich diese Zustände durch die österreichische Devisenlage erklären. Der Schilling sinkt seit einiger Zeit im Kurse, so daß an den Schaltern der Reichsbahn ganz allgemein Schillinge nicht mehr in Zahlung genommen werden.

Freistaat Baden

Die Einweihung des Freiburger Klinikbaues

Freiburg stand am gestrigen Montag im Zeichen der Einweihung der neuen Universitätsklinik, die am 7. Dezember in Betrieb genommen werden. An der Feier nahmen zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen und wissenschaftlichen Lebens teil. Der badische Unterrichtsminister Dr. Baumgarten feierte die Richtung der neuen Klinik als ein Zeichen heroischer Opferstimmung in schwerer Zeit und wies auf das Bedürfnis der Erweiterung hin. Dankbar gedachte er der arden Verdienste seiner Amtsvorgänger Dr. Heilmann, Dr. Veers und Dr. Schmidt um die Initiative für den Bau. Oberbürgermeister Dr. Bender-Freiburg, dankte für die Hilfe zur Errichtung dieses großen Wertes und wies auf weitere klinische Anforderungen hin, welche der Stadtverwaltung Freiburgs keine Ruhe lassen werden, um den bevorstehenden Weg weiter fortzusetzen. Der Direktor der chirurgischen Klinik Freiburg, Prof. Dr. Rehn, und der Direktor der medizinischen Klinik Freiburg, Prof. Dr. Thannhauser, stellten die wissenschaftliche und medizinische Bedeutung der Bestimmung auf klinischem Gebiet in den Vordergrund ihrer Ausführungen. Weitere Ausführungen, darunter des Rectors der Freiburger Universität, Prof. Dr. Weber, rundeten den Festakt ab.

Jenke will henken

Der Held der Billinger Affäre als Vollstrecker der Nazi-Zustiz

Die Nazi-Presse hat zu unerer, in vorraer Woche erfolgten Feststellung, daß der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Jenke aus Breslau den Bahnhofsversteher aus Billingen und zwei Kollat geteamt, gründlich injulterte, weil Jenke zur Besahlung seines Beschlusses von 1.80 M in der Billinger Bahnhofsverwaltung anhalten worden war, geschwiegen. Auch das nationalsozialistische Schwarzwälder Tagblatt, das zuerst Herrn Jenke wegen seiner Billinger Kollat-Affäre in Schutz nahm, hat die Sprache noch nicht wiedergefunden.

Answischen hat dieser anmaßende Vertreter des Dritten Reiches am Sonntag vor acht Tagen u. a. auch in Löffingen (Amt Neustadt) verprochen. Das Echo vom Hochstift, das Neustädter Zentrumblatt, gibt eine Schilderung, was sich dieser Vorgang einer Unteroffizierskule alles erlaubt hat. Er sagte u. a.: Der Zentrumspartei würden nur Pfarisier, Deutscher und Vaterlandsverräter an gehören. Dem Zentrumsmittler Wirtz kündte die schwarze Zentrumspartei ebenso gut, wie die Ballonmüsse der Kommunisten. — Und dann kam der Clou des Abends, worüber das Zentrumsbett wie folgt schreibt:

„Wirtz verglichen werden wir im Dritten nicht, aber henken werden wir im Dritten Reich mit diesen Striden, daß sie die Jungen so... weit herausstrecken.“

Die Ausmalung dieses Strafvolles war so widerlich, daß er kaum wiedergegeben werden kann. Wie verberend wirkt so etwas auf jugendliche Gemüter? Ist das nicht allerhand? Der eine Nazi läßt Köpfe rollen, der andere hängt an Bäumen auf, wieder ein anderer spricht von der Nacht der langen Messer und der Reichstagsabgeordnete Fric „erlebt“ tausende Funktionäre der Arbeiterschaft im Hundstreckel! Unter den Nazis, die da drohen, dort natürlich der famose Herr Jenke aus Breslau nicht fehlen. Er hat sich ja auch anderwärts schon sehr rühmlich benommen. Unter Stuttgarter Parteiblat, die Schwäbische Tagwacht, berichtete im Anschluß an unseren Artikel über das Verhalten Jenkes am Bahnhof in Billingen:

„Dieser Edelstein in der Sammlung nationalsozialistischer Abgeordneter, Herr Jenke, hatte im Frühjahr dieses Jahres durch eine beinahe hundertköpfige Deputation, in der es Ribbick Gemeindefürsten gegen die Republik regierte, in Feuerbach bei Stuttgart einen ganz listigen Standal provoziert und als die Feuerbacher sich dagegen wehrten, die Stuttgarter Polizei alarmiert. Zu dieser sagte er: „Sont sie in die Presse, die Verbrecherbrut von Zentrum und Sozialdemokraten; wir wollen sie in ihrem eigenen Netz fischören. Das ist eine von den vielen Lieblichkeiten, die Herr Jenke der Welt in seiner Feuerbacher Verammlung schenkte.“

Und wie dort, so hat er es im hohen Schwarzwald getrieben. — Abwegen hilft nichts; das Neustädter Zentrumblatt sagt ausdrücklich, sein Gewürstmann birge für die Richtung des Jenkes, was aus Löffingen mitgeteilt worden sei.

Der einrige Herr Feldweber, der 1918 Soldatenrat in Donau-Eckingen gewesen sein soll, hat sich also während seines Donau-Eckingen in Baden (sondals) benommen.

Privatkapitalismus ruiniert

feststellungen über Kiefenvergütungen im Frankfurter Favaag-Prozess

Frankfurt a. M., 30. Nov. (Fig. Draht.) Vor überfüllten Zuschauer- und Pressebänken bot die Montagsverhandlung im Favaag-Prozess das Bild eines großen Tages. Das lebhafteste Interesse galt der Zeugenvernehmung der beiden Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank und Diskontgesellschaft v. Stauck und Febr. des Generaldirektors des Allianzkonzerns Dr. Schmitt und den Gutachten der beiden Sachverständigen, der Professoren Calderam-Frankfurt und Weib-Köln.

Der Zeuge v. Stauck von der Deutschen Bank war nicht erschienen. Er entschuldigte sich mit „Arbeitsüberlastung“. Seine Vernehmung zu dem Punkt „Sondervergütungen“ wäre besonders anlässlich seiner wiederholt in der Presse genannten Zusammenhänge mit dem Schultze-Pagenhofer-Skandal außerordentlich interessant geworden. Generaldirektor Dr. Schmitt vom Allianzkonzern erklärte als Zeuge, dass Sondervergütungen im Stile der Favaag bei der Allianz nicht vorkommen könnten.

Auch das frühere Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, und Diskontgesellschaft, Herr Febr, bestritt die Berechtigung der Ausfüttung von Sondervergütungen im Laufe des Geschäftsjahres und erklärte kategorisch, dass die Deutsche Bank für besonders günstige Abschlüsse niemals Sondervergütungen an ihre Direktoren gezahlt habe. Reichlich seltsam berührt die Feststellung des Zeugen Febr, dass die Herren vom Verwaltungsrat der Deutschen Bank nie einen Kredit für sich in Anspruch genommen hätten, weil sie viel zu verantwortungsbewusst gewesen wären. Dem mit starker Stimme vorgetragenen Vorleser folgte sofort die Einschränkung: „in allgemeinen und normalen Zeiten“. Das frühere Vorstandsmitglied der Deutschen Bank mühte auf Befragung ausdrücklich aus, dass in Hausseperioden auch die Direktoren der Deutschen Bank vorübergehend ins Debet bei ihrer Bank gerieten.

Vor Eintritt in die Mittagspause wird noch der Direktor der Effekten- und Wechselbank, Professor Sabn, vernommen, der dem Aufsichtsrat der Favaag angehörte, sich jedoch heute an Einzelheiten der Kapitalerhöhungen der Favaag nicht mehr erinnern kann.

In der Nachmittagsitzung erstatteten die beiden Sachverständigen ihre Gutachten über die Frage der „Sondervergütungen“. Professor Dr. Kalverian führte aus: „Eine Sondervergütung für einzelne glückliche Transaktionen im Laufe des Geschäftsjahres steht dem Vorstand grundsätzlich nicht zu. Auch ohne solches Entgelt muß er seine Kraft dem Unternehmen widmen und darf nicht neben Gehalt und Lantime als Vermittlungsprovision Anspruch aus den Umsätzen erheben. Auch im Versicherungsweisen sind Sondervergütungen nur in ganz wenigen Ausnahmen nachweisbar. Die Zahl von 2 mal 36 000 Mark in den

Fällen „Bica“ und „Berlin-Frankfurter“ an Herrn Direktor Madie sind für die ehrenamtlichen und gelegentlichen Dienste mindestens stark „überhöht“. Auch die Abweisung von einer halben Million — also eines Viertels des gesamten Erlöses bei der Abfassung von Versicherungspaketen der Favaag an die Köchling-Bank, von denen Madie allein 110 000 Mark erhielt, ist keineswegs vertretbar. Die in kurzen Zwischenräumen sich ständig wiederholenden Ausfüttungen von so beträchtlichen Summen müssen als äußerst bedenklich bezeichnet werden. Am stärksten befaßt den Angeklagten Madie die Vorwegnahme eines erhofften Gewinns aus einer Transaktion in Höhe von 80 000 Mark, kurz vor der Favaag-Katastrophe.

Madie erhielt in den Jahren 1924 bis 1928 neben Gehalt und Lantime 385 000 Mark an Sondervergütungen, Direktor Schumacher zirka 156 000 Mark, Dr. Lindner 104 000 Mark.

Solche häufige Ausfüttung erheblicher Summen muß besonders in Anbetracht der recht hohen regulären Gehalts- und Lantimebesätze der Angeklagten als nicht vertretbar bezeichnet werden. Verbüchung und Auszahlung der Vergütungen verließen in stärkster Weise gegen eine ordnungsmäßige Geschäftsführung. Dieses bedenkliche System von Sonderentnahmen wurde zweifellos zu einer wichtigen

Ursache der endgültigen Katastrophe der Favaag. Eine Volkswirtschaft, in der solche Geschäftsmethoden üblich werden, ist dem sicheren Untergang verfallen.“

Anschließend kommt der Sachverständige, Professor Weib, zu etwas weniger ungünstigen Feststellungen für die Angeklagten. So hält er die

Sondervergütung in Höhe von 385 000 Mark bei einem während fünfjähriger Dauer durchschnittlichen Jahreseinkommen von 160 000 Mark des Direktors Madie als nicht überhöht (!).

Die 2 1/2 Millionen Mark Sondervergütungen hätten den Aufwandsüberschuss der Favaag nicht verschuldet, weil sie nur drei Prozent der Verwaltungskosten des Unternehmens ausmachten. Die Ausgaben bezeichnet auch Professor Weib als besonders unerfreulich.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetterausichten für Mittwoch, den 2. Dezember: Fortdauer des Frostwetters bei rauhen östlichen Winden. In der Ebene schärfe Nachfröste, um Mittag mild. Hochschwarzwald mildes, sonniges Wetter.

Erneute Kündigung des Lohntarifs für den Ruhrbergbau

* Essen, 30. Nov. Der Bergarbeiterverband hat den Lohnvertrag für den Ruhrbergbau mit der vorgeschriebenen vierwöchigen Frist zum 31. Dezember 1931 wieder gekündigt. Der Lohnvertrag war am 26. November von Schlichter unverändert verlängert und vom Reichsarbeitsminister am vergangenen Samstag bekanntlich für verbindlich erklärt worden.

Gemeindepolitik

Kommunistische Stadträte in Offenburg ihres Amtes enthoben

Offenburg, 30. Nov. Der Landeskommissar für die Kreise Freiburg und Offenburg in Freiburg hat den kommunistischen Stadträtin Richard Bäg und die kommunistische Stadträtin Marie Dierich in Offenburg ihrer Stadtratsmandate für verlustig erklärt. Die beiden Gemeindeglieder haben in einer Revolutionsfeier der SPD mitgewirkt und in einem improvisierten Theaterstück einen kommunistischen Stadtrat und eine kommunistische Stadträtin dargestellt und dadurch die Einrichtung der Stadträte verächtlich gemacht.

Bürgerausschüßsitzungen

Grünwettersbach. Am Samstag, 14. November, fand eine Bürgerausschüßsitzung statt, bei welcher zwei Punkte zur Beratung standen.

1. Zustimmung zum Beschlusse des Gemeinderats vom 3. November 1931 Nr. 23 Seite 337. In der Gemeinde Grünwettersbach wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1931 an die Gemeindegründungssteuer eingeführt mit 10 Prozent des Kleinhandelspreises. Dieser Vorlage wurde einstimmig zugestimmt, da man sonst die Bürgersteuer auf drei- bis dreifache Höhe erhöhen müßte.

2. Punkt betraf die Herabsetzung der Gehälter hiesiger Gemeindeglieder und Beamteten laut Beschlusse des Gemeinderats infolge der Beschäftigung im Reichsarbeitsdienst und zwar mit Wirkung vom 1. November 1931 an bis auf weiteres. Es erhalten nunmehr: Bürgermeister jährlich 2800 M., bisher 3100 M. und mehr; Ratsherr bis 2600 M., bisher 3000 M. und mehr; Ratsherr bis 2400 M. (In Zukunft fallen die Grundbesitzgebühren der Gemeindekasse auf Gemeindeglieder 1400 M., bisher 1900 M. Feldhüter 1400 M., bisher 1700 M. Fortwärt 1600 M., bisher 1900 M. Außerdem werden verschiedene Versicherungsbeiträge für ihn bezahlt von ungefähr 300 M. Polizeiwachtmeister 1100 M., bisher 1365 M. nebst Ausfuhrgebühren privater Angelegenheiten pro Bekanntmachung von 1 M. In einer vorausgegangenen Fraktionsitzung legte unsere sozialdemokratische Fraktion den Ratsherrn die jetzt herabgesetzten Gehälter wie oben angegeben mitteilt und wurden darauf vom Gemeinderat die Bürgerausschüßsitzungen fern, vergebliche ihrer Anwesenheit üben Stimmeneinstellung. Sonderbare Haltung gegen früher! Beide Vorlagen wurden mit Mehrheit angenommen.



50 JAHRE
Ein halbes Jahrhundert

Beginn des Jubiläums-Verkaufs Montag, 30. Nov., 15 Uhr. Mein ganzes Warenlager

Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidung

habe ich im Preis ganz bedeutend herabgesetzt und verkaufe zum Teil zum Einkauf und noch weit darunter.
Jedes Stück trägt den ermäßigten Jubiläums-Preis

Nie wiederkehrende günstige Einkaufsmöglichkeit für Vereine und Wohltätigkeitsanstalten

N. BREITBARTH

KARLSRUHE: B. ECKE KAISER - U. HERRENSTR.

Besichtigen Sie
unverbindlich meine großen Läger im 1. und 2. Stock. Sie werden

Einkaufsvorteile
finden, die einzig ihrer Art sind. Die Fenster-Schaustellung unterbleibt zunächst.

Verkaufszeit während dieser Tage: morgens 9 - 12 1/2 Uhr, mittags von 14 - 19 Uhr.

Wie es die Zeiten wollen: Ich begehe dieses Ereignis dadurch am würdigsten, dass ich mit Unterstützung aller meiner Lieferanten, meinen Kunden und Freunden ganz besonders vorteilhafte Angebote bringe.

14 TAGE JUBILÄUMS-SONDERPREISE

sind mein Dank für treue Kundschaft!

Bad. Lichtspiele Konzerthaus

Ab heute Dienstag und folgende Tage jeweils 20.30 Uhr

Ivan Mosjoukine / Brigitte Helm
Dita Parlo

Manolescu

Nach den Memoiren des größten Abenteurers aller Zeiten

Beitrag: „Kostbares Naß“
Konzerteinlage: Wenn ich König wäre... v. Adam
Preise: — 40, — 60, — 80, — 1, — 1.40 Mk. Jugend verboten

Vorverkauf wie üblich

Voranzeige: Auf vielseitigen Wunsch: Einmalige Wiederholung des Filmes 8657

Die blaue Adria / Sonntag, vorm. 11 Uhr
Auf der Bühne.

Italienische Volkstänze, Tanzschule Cilla Herrmann

Der Vorverkauf hat bereits begonnen

Qualität ist immer am billigsten

Sämtliche Backartikel in bekannter Güte und Preiswürdigkeit

| | | | |
|---------------------|------|------------------|------|
| Mandeln extra große | 1.25 | Orangeat | 1.10 |
| Mandeln klein | 1.10 | Birnenhölzer | 1.20 |
| Kaffeebohnen | 1.10 | Bachkorn | 1.05 |
| Cocoströcken | 1.38 | Großoblaten Pak. | 1.40 |
| Sultanen | 1.38 | | |
| Feinste Extrahelle | 1.10 | | |

Meine Spezialität: Selbstgemahnen Zucker und selbstgem. Gewürze.

Carl Roth, Drogerie

Herrenstr. 26/28 5% Rabatt! Tel. 6180 6181

Freunden und Bekannten zur Kenntnis, daß unsere liebe Mutter und Großmutter

Rosa Holstein Wwe.

am Sonntag, im Alter von 71 Jahren, sanft entschlafen ist.

Karlsruhe, 29. November 1931.
Trauerhaus: Stefaniestraße 17.

Rosa Böhringer geb. Holstein
Reinhold Holstein, Fabrikant
Karl Böhringer, O.-Inspektor
Marie Holstein geb. Rodi
und Enkelkinder:
Ruth, Lotte, Karl, Reiner u. Hannele.

Feuerbestattung: Dienstag, 1. Dezember 1931 nachmittags 1/3 Uhr.

Zwecks Einbindung eines

Kinderchors

für die Kinder-Weihnachtsfeier bitten wir unsere Mitglieder, ihre im Alter von 8 bis 16 Jahren lebenden Kinder am Mittwoch, den 2. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in unser Lokal „Zum Elefant“, Kaiserstr. 22, zu schicken. Gleichseitig bitten wir, auch die Kinder, die mit einem Solo irgendwelcher Art das Programm verschönern können, bei der Verwaltung die Bewilligung.

435.-

Möbel-Krämer
Karlsruhe, Kaiserstr. 30

Schulvertragsbeschädigung durch den Selbstgeber Nr. 3000 per monatlich Rückzahlung und mehr Sicherheit. Angebot u. Nr. 864 a. d. Volkstr.

Wer leiht 8000-10000 M. mit möglicher Juch auf gute Sicherheit, mögl. Selbstgeb. ? Angebot u. Nr. 21183 an d. Volkstr.

Schlafzimmer
eiche, modern gezeigt mit Nußbaum abgesetzt best. aus 1 Schrank, 3-Tische mit Gardine und Innenspiegel (Wischebrett) 2 Bettstellen 1 Waschkommode mit Spiegeleinsatz u. weiß. Marmor 2 Nachtk. ebe mit Glasplatten 2 Stühle 1 Handtuchhalter

435.-

Möbel-Krämer
Karlsruhe, Kaiserstr. 30

Leeres Zimmer
im 5. Stock, mit Keller, östliche Kaiserstraße, zu vermieten. 8661
Viktoria-Wilh.-Str. 50

Zimmer
zu vermieten. 8661
Winterstr. 16, 1. 83718

Freundl. möbl. Zimmer elektr. Licht, beid. sep. billig zu verm. 81831
Adlerstr. 28, part

Möbl. Zimmer
mit Keller für 30 M. monatlich zu vermieten
Gartenstadt Huppert
Friedweg 9

Gebr. Habelbank
Waltenberger, Daxlanden, Rappentwärtelstraße 18. 83183

Fräulein Smolking
Schroth-Engel verleiht 8108
Franz-Hof, Gartenstr. 7

Existenz! Garantie-Verdienst
Dauerbeschäftigung zu hoch. Preisen erhalt. Sie r. uns mit uns. Schnellretriekm. Maschine. Kein Risiko u. Verkeimnisse, nur kl. Sicherheit erford. Verl. Sie noch heute Gratiskursus v. Fr. J. Kerstan & Co. 287
Lieferant von Behrliten.

10% Extra-Rabatt
Gefäßelung v. 23 M an
Dinans 49-115 M. Telefon 4419
eleg. Couchsofa v. 95 M an, Schlaf-Couch, Vertik. Couchelung, Klappstuhl, Decken in großer Auswahl. Fronto Lieferung.
Polstermöbel, A. Köhler, Schützenstr. 28.

Wiederverkäufer finden lohnende Erbringungsfrage 36.
8660

Guter Verdienst
durch Betrieb Klein-Weberhölzer in Kleber-erzernen Anlagen 2177
A. Weber, Einbachstr. 39, Wolfshund verlauf
Königsstr. an Chr. Sch. 8660
Königsstr. 26, 8660
Schützenstr. 28, 8660
1/1 Gele für Schützenstr. 26, 8660
wie neu, billig zu verkaufen. Beiert 8660
Schützenstr. 26, 8660

Aus aller Welt

Billeneinbrüche an der Bergstraße

OB. Darmstadt, 30. Nov. In Aleshach an der Bergstraße wurde in der Nacht auf Samstag in drei zur Zeit unbewohnte Sommerhütten die etwas abgelegen am Schloßberg liegen, eingebrochen. Die Diebstahlsgegenstände sind Dr. Laubheimer-München, Oberlehrer Biegelhofer-Mannheim und Prof. Dr. Wassermeyer, der in Aleshach ein Sanatorium hat. Die Täter drangen gewaltsam, teilweise unter Entfernung der Berggittertüre, durch die Fenster in die Wohnungen ein und durchwühlten alle Behältnisse. Die Art der Ausführung läßt darauf schließen, daß es sich in allen drei Fällen um die gleichen Täter handelt. Ein etwa 20jähriger Mann ohne Mantel und Kopfbedeckung mit hellem Anzug stand Schmiere. Er spielte sich als Eigentümer auf und bedrohte ein Mädchen und einen jungen Mann, die sich näheren, mit Geschüssen. Als Leute aus Aleshach herbeigekommen waren, hatten die Täter bereits die Hütten verlassen. Da der Aufwacher hochdeutsch sprach, nimmt man an, daß die Täter von auswärts stammen. Ob und was gestohlen wurde, ist noch nicht bekannt.

Der Eindruck im Reichsversicherungsamt

OB. Berlin, 30. Nov. Wir wir von unterrichteter Seite erfahren, hat sich nun herausgestellt, daß sich die Summe, die den Einbringern im Reichsversicherungsamt in die Hände gefallen ist, nicht auf 40.000 M., sondern nur auf 20.000 M. beläuft.

Strenge Kälte in Schlesien

Breslau, 30. Nov. In Schlesien sanken die Temperaturen in der vergangenen Nacht in einigen Gegenden bis unter minus 10 Grad. In Bad Niesoborna, Bestenbera und Bentzen (OS.) wurden 12 Grad Kälte gemessen.

Saßbefehl in der Potsdamer Bestechungsaffäre

OB. Berlin, 30. Nov. Der Vernehmungsrichter beim Amtsgericht Potsdam hat heute gegen den Stadtbauinspektor Raub wegen postiver Bestechung im Amt Saßbefehl erlassen.

Ueberschwemmungen in Frankreich

Die anhaltenden Regenfälle haben in Südfrankreich in der Gegend von Toulouse und St. Girons große Ueberschwemmungen hervorgerufen. In St. Girons erfolgte unter dem Druck des Hochwassers des Salatflusses ein Dammbrech. In kurzer Zeit waren sämtliche Uferstrichen unter Wasser gesetzt. In zahlreichen Häusern und Fabriken steht das Wasser mehrere Meter hoch und hat große Schäden angerichtet. In Toulouse ist die Garonne über die Ufer getreten. Die Feuerwehr und die Garnison wurde alarmiert, um Schutzdämme gegen die weitere Ausdehnung des Wassers zu errichten.

„Uniform“ für Prostituierte

Der Polizeipräsident von Constanza (Rumänien) hat angeordnet, daß die Prostituierten der Stadt in Zukunft nur noch in einer bestimmten vorgeschriebenen Kleidung ihrem Gewerbe nachgehen dürfen. Die Prostituierten haben eine knallrote Bluse und eine schwarze Schürze, sowie als besonderes Kennzeichen eine von der Präfektur ausgeteilte nummerierte Blechmarke zu tragen, die in den kalten Monaten sichtbar am Mantelaufschlag zu befestigen ist. Auch die anderen rumänischen Städte planen ähnliche Maßnahmen, um auf diese Weise das Ueberhandnehmen der Prostitution zu bekämpfen. Ein Befehlender Blatt meint ironisch, daß man auch jenen fündigen Beamten, die diese Idee ausgedacht hätten, eine Prostituiertenblechmarke als wohlverdiente Auszeichnung anhängen sollte.

Kleine badische Chronik

Schwere Messertöchter

Ein Toter, ein Schwerverletzter

* Bühl, 30. Nov. Verlassene Nacht gegen 11 Uhr trafen in einer Neujahrsfeier Straußwirtschaft vier junge Burschen von hier zusammen, die bereits vor einiger Zeit Streit miteinander hatten. Auf dem Heimwege trugen sie diesen Streit aus und zwar dadurch, daß die Brüder Martin und Friedrich Braun vom Alohweg zu den Messern griffen und auf die Brüder Hermann und Franz Braun vom Zinten Lengenberg einfielen. Der 22 Jahre alte Säger Hermann Braun wurde dabei erschossen, sein 20 Jahre alter Bruder, der Erdarbeiter Franz Braun, schwer verletzt. Der Haupttäter ist der 19 Jahre alte Erdarbeiter Martin Braun, sein 24 Jahre alter Bruder Friedrich, der Steinhauer ist, leistete Beihilfe. Die Täter wurden alsbald verhaftet.

Todesfahrt mit dem Motorrad

* Mühlheim, 30. Nov. Der 21 Jahre alte Georg Grether von Niederweiler wollte gestern abend zwischen Nagens und Mühlheim ein Auto überholen. In außerordentlich schnellem Tempo fuhr er an dem Auto vorbei. Als er wieder auf die rechte Straßenseite einbiegen wollte, streifte er mit der Fußspitze den Boden, verlor die Gewalt über das Rad, das in großem Tempo gegen eine Telegrafenanlage fuhr. Grether wurde auf die Erde geschleudert, während das Rad südtwärts noch einige Meter in den Straßengraben hineinfuhr. Mit einem schweren Schädelbruch blieb der Motorradfahrer tot liegen.

Schwerer Autozusammenstoß

* Radolfzell, 30. Nov. Zwischen Radolfzell und Güttingen fuhr das von Inspektor Speer gesteuerte Auto, um einem unbefugten Holzwagen auszuweichen, auf einen entgegengerichteten Personentransportwagen auf. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Wagen des Herrn Speer sich zweimal überschlug und schließlich liegen blieb. Der Fahrer des Wagens und seine Frau mußten mit erheblichen Verletzungen ins Krankenhaus Radolfzell verbracht werden. Der Personentransportwagen, mit dem der Zusammenstoß erfolgte, wurde schwer beschädigt, die Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

Körperverletzung und Selbstmordversuch

* Forstheim, 30. Nov. Am gestrigen Sonntag (30.) im Stadtteil Brödingen ein 20 Jahre alter Arbeiter auf seine Schwester aus einer Schrottschusspistole. Da der Schuß aus nächster Entfernung abgegeben wurde, erlitt die Getroffene starke Brandwunden im Gesicht. Der Mörder gelangte nach dem Schießen in die Hände der Polizei. Der Mörder gelangte nach dem Schießen in die Hände der Polizei. Der Mörder gelangte nach dem Schießen in die Hände der Polizei.

* Bürgelsheim. Beim Indianerspielen benutzte ein achtjähriger Knabe das offene Taschenmesser seines Vaters als Tomahawk und

Das Urteil im Heroinprozeß

OB. Berlin, 30. Nov. Im Heroinmischungsprozeß wurde am Montag um 12 1/2 Uhr folgendes Urteil gefällt. Es werden verurteilt: Dr. Fritz Müller zu 9 Monaten Gefängnis und 20.000 M. Geldstrafe (im Nichtbebringungsfall weitere 3 Monate Gefängnis), J. Ballmann zu sechs Wochen Gefängnis und 10.000 M. Geldstrafe, Dr. S. Raab zu vier Monaten Gefängnis und 10.000 M. Geldstrafe. Gegen den Angeklagten Dr. Drenthoff, Freiburg i. Br., wird das Verfahren in contumacia eingeleitet. Die von seiner Frau geleitete Raution in Höhe von 3000 M. wird als verfallen erklärt. Die Angeklagten Frau Dr. Müller, Birz und Weidmann werden von der Anklage mit Ertragung der Kosten freigesprochen. Die Beurteilten tragen gemeinsam die Kosten des Verfahrens, die sich auf ca. 20.000 M. belaufen und zwar Dr. Müller zur Hälfte, Drenthoff zur Hälfte. Die Beurteilten Urteilsgebühren in Höhe von 50 bis 300 M. zu bezahlen.

Selbstmord des Generaldirektors Schünning

Ein Beitrag zum Sklarek-Prozeß

OB. Berlin, 30. Nov. Generaldirektor Schünning hat sich heute vormittag erschossen. Er wurde von Hausangehörigen in seinem Ankleideschrank mit einem Schuß in der Schläfe tot aufgefunden. Um 8 Uhr früh war seine Frau weggegangen, um in der Stadt Besorgungen zu erledigen. Um 8.30 Uhr hatte Schünning das eine Mädchen mit einem Auftrag weggeschickt. Bei ihrer Rückkehr fand dieses Mädchen ihn tot auf. Er hatte einen Brief an seine Angehörigen hinterlassen, in dem verzeichnet ist, was er mit der Sklarek-Affäre, in die er hineingezogen wurde, zu tun hatte, und daß er diese Sache jetzt satt hätte.

Im Laufe der Vernehmung des Bürgermeisters Schöls im Sklarek-Prozeß teilte der Vorsitzende mit: Wir sind eben von einem Pressevertreter die Mitteilung gemacht, daß Schünning sich heute im Westhafen erschossen hat.

Es entsteht im Saal eine große Bewegung. Willi Sklarek ruft: „Es ist traurig, daß auf diese Weise unsere Unschuld nicht bewiesen wird.“ Leo und Willi Sklarek rufen mit drohend erhebender Faust zu Schöls: „Sie haben ihn auf dem Gewissen!“

Vorsitzender: „Wenn Sie sich nicht anständig benehmen, Gebührende Sklarek, dann werden Sie hinausgetragen.“

Im weiteren Verlauf des Sklarekprozesses warf Leo Sklarek Bürgermeister Schöls, der der Deutschen Volkspartei angehört, vor, er habe es mit dem Sozialdemokraten und den Kommunisten gehalten. Als dann aber der Kurs nach rechts herumging, habe er seine Seele nach rechts gezogen. Weiter bezeugte er den Bürgermeister Schöls, daß er unter seinem Eid falsch ausgesagt habe. Er behauptete, daß der Zeuge Schöls gleich nach Ostern 1927 alles erzählt habe. Schöls erwiderte, er sei ein arbeitsfähiger Gelehrter von Wohlverdienenden und es sei deshalb ganz unmöglich, daß er sich jemals für die Sklarek-Verträge eingelassen habe. Während der Zeuge seine Ausführungen macht, schreit Leo Sklarek plötzlich dazwischen: Sie wollten doch Oberbürgermeister werden. Drei Stimmen haben Sie bekommen und von wem Sie diese bekommen haben, das könnte ich Ihnen auch sagen. Sie sind ein Intrigant gewesen und werden ein Intrigant bleiben. Der Zeuge Schöls erklärt weiter, er hätte die Anzeige auch noch aus einem anderen Grunde erlassen. Er habe von dem mächtigsten Reichstum der Sklareks gehört und befürchtet, daß sie vielleicht „verzeihen“ würden und dann hätte er zum Schaden auch noch das Gefährlich der ganzen Stadt Berlin über sich ergehen lassen müssen.

warf es seinem kliebenden Geener, einem sehn Jahre alten Buben, nach. Unglücklicherweise traf er den kliebenden Knaben ins Knie, so daß das Messer stecken blieb. Der Knabe mußte in ärztliche Behandlung gebracht werden.

* Forstbach (Murgtal). Unter einem Felsen beim Stauwehr Kirchbaumgarten wurde die Leiche des Schulbauers Frenn von Schwarzenberg gefunden, der vor Wochen an einem stürmischen Novemberabend in die damals hochgehende Murg gefallen und ertrunken ist.

* Forstheim. In Conweiler brannte das Wirtschaftsgebäude des Gemeinderats Robert Engelhardt nieder. Das Vieh konnte gerettet werden. Man vermutet Brandstiftung.

1. Grünwettersbach. Die Nazis gaben am Samstag, den 28. November hier ein kleines Gaskspiel. Die Sozialdemokratische Partei war dazu eingeladen, und war auch zahlreich zur Versammlung erschienen. Der Referent machte über eine Stunde sinn- und geistlose Ausführungen, und zwar mit einem Stimmenaufwand, der mehr an das Gebüll wider Tiere erinnert, als an einen gebildeten Menschen. Er meinte, wenn die Nazis zur Macht kommen, würde sich vieles ändern. D. h., sie werden die internationale Sozialdemokratie ausrotten. Man habe auch faunel Denkschriften Kapitalismus, der sie bis auf den heutigen Tag mit ganz enormen Geldmengen unterstützt. Zeitweise füllte man sich in eine sozialdemokratische Versammlung verjetzt, bis schließlich einige Kraftausdrücke die Zuhörer an die rauhe Wirklichkeit erinnerten. Nach Aussage des Referenten wird in dem von seiner Partei beherrschten Staat keine Ware mehr vom Ausland bezogen, damit der Inlandsmarkt geboben wird und alles Geld in Deutschland bleibt. Die beiden von uns gestellten Disputationsreden er widerlegten in sachlichen Ausführungen die Ausführungen des Nazireferenten. Im Schlußwort verjuchte der Naziprediger alle Ausführungen unserer Genossen ins lächerliche zu sieben, er wartete mit allerlei auswendig gelernten Sprüchlein auf, die aber eher für ein Clown oder Bitteneredner bei Fastnachtveranstaltungen besser gepaßt hätten, aber bei einem gebildet sein wollenden Menschen nicht an Witz waren. Der Versammlungsleiter machte die Bemerkung: Die Sozialdemokratische Partei habe vor lauter Angst bei der Nennensammlung die Polizei logar von Gernsbach gerufen. Es stimmt, die Polizei war da, aber wir haben sie nicht gerufen. Und was hat die Hitlerpartei am letzten Samstag getrieben? — Mindestens 60 Karlsruher SA-Genossen waren bereitgehalten und im besten Kammlal verjetzt. Und auf der Straße war ein sehr starkes Polizeiaufgebot vertreten. Welche Hilfe bringen die Grünwettersbacher Nationalsozialisten auch einmal den Mut auf, bei einer sozialdemokratischen Versammlung zu erscheinen, was bis jetzt noch nie geschah. Aber dann bitte nicht wieder in der ganzen Gegend um Zusug und Unterstützung betteln gehen. Unsere Anhänger rufen wir zu: Laßt euch nicht betören von solchen Schwätzern, denn wer noch nie verantwortungsvoll gearbeitet hat, konnte auch noch niemals einen Fehler begehen!

Die Medaille der Reichsregierung an — Kaiserin verleben. Die Hygieneausstellung in Dresden ist geschlossen. Unendlich viel hat sie uns gezeigt, unendlich viel haben wir in diesen zwei Sommern gesehen und gelernt. Auf allen Gebieten der Wissenschaft vom Menschen. Als politisches Beispiel, daß Milch, die beinahe sämtlich schwer verdaulich ist, fertig mit Radreiner, dem Rheypp-Milchpulver, gemischt werden soll. So wird sie nämlich dreimal leichter verdaulich. — Die höchste Auszeichnung, die überhaupt vergeben werden konnte, die Medaille der Reichsregierung, wurde Kaiserin verleben — verdientermaßen, muß man sagen...

Partei-Nachrichten

Franz Pongraz zum Abschied

Mit dem heutigen Tage scheidet der bisherige technische Leiter der Volksfreundredaktion, Genosse Franz Pongraz, aus dem Volksfreundbetrieb aus. Aus gesundheitlichen Rücksichten, Genosse Pongraz, der demnächst das 63. Lebensjahr vollendet, zählt zu den mittelbadiischen Sozialdemokraten. Er hat hier in Karlsruhe insgesamt und manchmal so außerordentlich schweren Entlastungsgang des Volksfreund mitgemacht. Er hat alle die großen und kleinen Sorgen, die besonders am Anfang auf dem Unternehmensebene des Volksfreund mitgemacht. Er hat alle die großen und kleinen Sorgen, die besonders am Anfang auf dem Unternehmensebene des Volksfreund mitgemacht. Er hat alle die großen und kleinen Sorgen, die besonders am Anfang auf dem Unternehmensebene des Volksfreund mitgemacht.

Wir wünschen dem Scheidenden, daß es ihm verdammt sein möge noch eine heilige Reihe von Jahren sich der Ruhe widmen können und wir wissen, er wird auch im Ruhestande immer noch sein, wenn es gilt, die große Mission der Sozialdemokratie, die Dienste des Proletariats zum erfolgreichen Ende zu führen.

Grünwettersbach. Samstag abend fand hier im Gasthaus „Der Adler“ eine Mitgliederversammlung des hiesigen sozialdemokratischen Vereins statt, die leider nur wenig besucht war. Als erster Punkt wurde über Reichspolitik debattiert, wobei eine reichliche aber nur laudable Aussprache geführt wurde. Eine rege Aussprache fand statt über die Spaltungsbewegung Sendewitz. Als 2. Punkt wurde Stellung genommen zu dem in nächsten Jahr im Februar stattfindenden Parteitag, 25jähriges Bestehen des hiesigen sozialdemokratischen Ortsvereins. Man einigte sich dahin, im Rahmen der Zeitverhältnisse eine einfache, schlichte Feier im Rahmen der Kammlal abzuhalten mit Einwirkung eines Referenten, der dann noch um Mitwirkung verschiedener Vereine gebeten werden soll. Auch die Genossen unserer näheren Umgebung werden besonders noch dazu eingeladen. Bei Punkt Vertriebenes wurden wichtige kommunalpolitische Gemeinderatsbeschlüsse zwecks Kenntnisnahme ausgearbeitet. Sozmalgerlohn soll der Ster 1.80 M. Gemeinderatsbeschlüsse besetzt werden. Als unsere Fraktion hierzu Kenntnis erhielt, stellte sie den Antrag, daß pro Ster 2.20 M. soll bezahlt werden, zumal nur ausgereifte Arbeiter vorerfrage kommen. Der Gemeinderat beschloß schließlich 2 M. pro Ster zu zahlen. Diese Angelegenheit hat unter der hiesigen Arbeiterklasse viel Empörung hervorgerufen, zumal in diesem Jahr die Volksarbeiten leitens der Gemeinde vorgenommen wurden. Die 600 Ster, die zur allgemeinen Verfertigung jährlich kommen hätten der Gemeinde nur einen Ausschlag von 200—300 M. gebracht. Warum so kleinlich, ihr bürgerlichen Gemeinderäte, wo hoch und von euren Anhängern im Wald beschäftigt sind? Eine weitere Gelegenheit wurde genutzt, wo der Gemeinderat, um einen Erdweg an einem Waldweg zu befestigen, die Arbeit im Submissionswesen an das zweitniedrigste Angebot um 120 M. vergab. Angebote waren eingereicht von 80—400 M. Man sollte die Armut der Ausgewählten nicht zu sehr mißbrauchen. Diese Arbeit hätte durch Versteigerung im Tagelohn pro Stunde zu 60 Pfennig ausgeführt werden können, zumal für die meisten Arbeitlosen nur einmal Arbeit Gelegenheit war, und zwar freiwilliges unentgeltliches Verdienen von Feldwegen, eine Art Fronddienst.

Grünwettersbach. Donnerstag, 3. Dezember, findet abends 8 Uhr im „Lamm“ eine öffentliche Versammlung statt, in der Herr Rappes-Karlsruhe sprechen wird über „Sozialismus und Faschismus“. Genossen! Besucht diese Versammlung zahlreich und werbt in den Kreisen unserer Wähler für Massenbesuche.

Reinhold. Legten Mittwoch fand eine Elternversammlung statt, die sehr besucht war. Als Einleitung wurde das Lied „Jugend, Kameraden“ von unsern Hosen Falken und von der Arbeiterjugend gesungen. Nachdem sprach Genosse Oberhelg von Karlsruhe über die Ziele und Aufgaben der Kinderfreunde. Der Vortrag war sehr lehrreich und unsere Genossen haben daraus vieles gelernt. Zur Disposition sprach Genosse Dumrauf. Zum Schluß wurde das Lied „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ gesungen. Freundschaft!

Kinderfreunde Reinhold. Donnerstag: Parlamentsstunde. Gen. Schill, Anfang punkt 6 Uhr. Alle, die im Parlament mitwirken erscheinen. Samstag Zusammenkunft in der „Linde“, Anfang 8 Uhr.

SAJ Reinhold. Dienstag: Mitgliederversammlung, 8 Uhr. Beginn 8 Uhr in der „Linde“

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Südstadt
Mittwoch, 2. Dez., abends 8 Uhr, in der „Deutschen Eiche“ Bezirksversammlung. Vortrag des Genossen Redtke: „Eifers über „Aus Geschichte und Technik des 3. Tunnawesens“.“ Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, sich recht zahlreich einzufinden.

Stadtschuchauszüge der Stadt Karlsruhe
Sterbfälle und Beerdigungsstellen. 27. November: Theodor Schwab, 35 Jahre alt, Sattler und Tapezier, Chemann. — 28. November: Emil Gromer, 80 Jahre alt, Witwe von Karl Gromer, Kassendirektor. Beerdigung am 1. Dezember, 14 Uhr. Gumbert, 2. November 11 Tage alt, Vater: Rudolf Schaal, Bauarbeiter (Vater: Christian Stober, 62 Jahre alt, Maurer, Chemann (Leinwandweber) Elise Lemir, 60 Jahre alt, Ehefrau von Gustav Lemir, Kaufmann. Beerdigung am 1. Dezember, 14.30 Uhr. — 29. November: Hilke 2 Jahre alt, Vater: Josef Stähler, Hilfsarbeiter (Unterarmband) Leo Schiebener, 60 Jahre alt, Stadttagsknecht, Chemann. Beerdigung am 1. Dezember, 13.30 Uhr. Ernst, 9 Monate 28 Tage alt, Vater: Karl Wulzinger, Dr.-Ing., Professor. Beerdigung am 1. Dezember, 15 Uhr. Flora Hofflein, 71 Jahre alt, Witwe von Reinhold Hofflein, Tapeziermeister. Feuerbestattung am 1. Dezember, 14 Uhr. Carl Werkle, 54 Jahre alt, Gastwirt, Chemann (Mühlbaur) Emma Kunz, 53 Jahre alt, Ehefrau von Carl Kunz, Steinbauer. Beerdigung am 2. Dezember, 14 Uhr. Julius Weigand, 63 Jahre alt, Oberregierungsrat, Witwer (Baden).

